

Trumps Eisenhower-Moment: COP30 und das Ende der grünen Agenda von Europa

geschrieben von Chris Frey | 21. November 2025

[Tilak Doshi](#), [Tilak's Substack](#)

Wenn sich die Klimadelegationen der Welt vom 10. bis 21. November in Belém zur COP30 versammeln, tun sie dies unter ganz anderen geopolitischen Vorzeichen. Die Vereinigten Staaten haben sich vollständig aus dem Klimaprozess der Vereinten Nationen zurückgezogen, und ihre Diplomaten haben gerade eine erfolgreiche Rebellion bei der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) angeführt, um eine globale Kohlenstoffsteuer für die Schifffahrt zu blockieren. Diese Episode markiert nicht nur einen Wendepunkt für die globale Klimapolitik, sondern auch einen Moment von historischer Bedeutung. Die Bemühungen Europas, der Welt seine moralische und regulatorische Vorherrschaft aufzuzwingen, wurden von den USA gebremst. Wie schon 1956, als Präsident Eisenhower seine europäischen Verbündeten zwang, ihren Versuch zur Übernahme des Suezkanals aufzugeben, hat Trumps „Drill, Baby, Drill“-Ansatz in der Energiepolitik im Jahr 2025 erneut die Vorrangstellung nationaler Interessen gegenüber imperialen Ambitionen bekräftigt.

Die IMO-Revolte

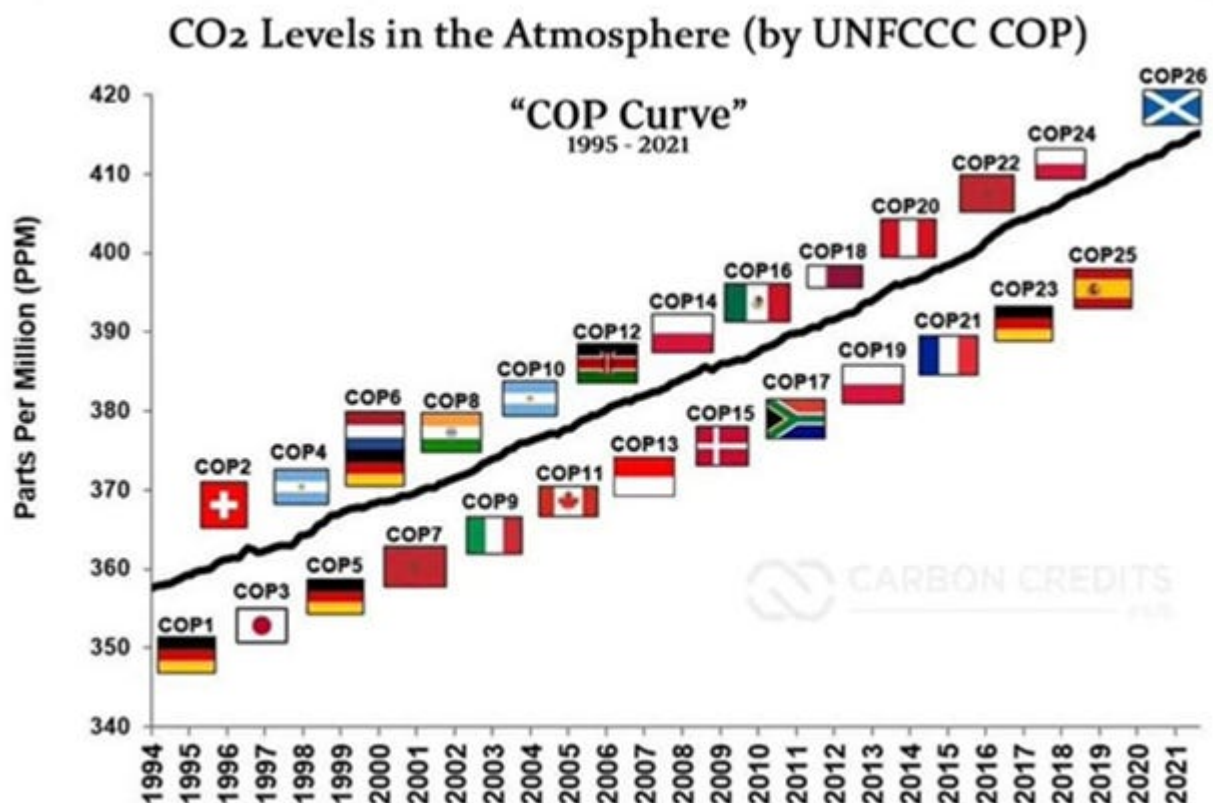
Im April 2025 stellte die IMO vor, was Carbon Brief – eine europäische [Website](#) zur Förderung der Klimapolitik – als „weltweit erste Kombination aus verbindlichen Emissionsgrenzwerten und Treibhausgasbepreisung für einen gesamten Industriesektor“ bezeichnete. Das „Net-Zero Framework“ hätte eine effektive globale Abgabe für Schiffe eingeführt, die die Emissionsintensitätsziele nicht erfüllen, und die Einnahmen in einen von den Vereinten Nationen verwalteten globalen Dekarbonisierungsfonds geleitet.

Im Oktober lag dieses Projekt in Trümmern. Climate Home News – ein in Großbritannien ansässiges [Medienunternehmen](#), das sich für den Umweltschutz einsetzt – berichtete: „Das Net-Zero Framework der IMO wird im Oktober 2026 erneut zur Abstimmung stehen, nachdem die USA und Saudi-Arabien die Länder davon überzeugt haben, nicht wie geplant darüber abzustimmen.“ Die Position der USA ist eindeutig. In einer Pressemitteilung des Außenministeriums mit dem Titel „Maßnahmen zum Schutz Amerikas vor der ersten globalen Kohlenstoffsteuer der UNO“ heißt es: „Die Regierung lehnt jegliche Bemühungen entschieden ab, wirtschaftliche Maßnahmen gegen US-Schiffe auf der Grundlage von Treibhausgasemissionen oder der Wahl des Kraftstoffs zu verhängen.“

Das Außenministerium konfrontierte die von der IMO angeführten Bemühungen unverblümt und [erklärte](#): „Die Vereinigten Staaten werden Maßnahmen gegen Nationen ergreifen, die diesen von Europa angeführten neokolonialen Export globaler Klima-Vorschriften unterstützen.“ US-Verhandlungsführer warnten vor „Gegenmaßnahmen, um etwaige Gebühren für US-Schiffe auszugleichen“. Mit den Worten einer von [E&E News](#) zitierten Quelle aus der Industrie: „Das Trump-Team hat alles daran gesetzt, die Kohlenstoffsteuer zu verhindern, und Verbündete von Asien bis Afrika um sich geschart.“ Das Ergebnis: Europas ehrgeizigste multilaterale Klimainitiative seit Paris 2015 wurde auf Druck der USA um mindestens ein Jahr [verschoben](#). Die IMO-Affäre zeigt, dass Washington sich nicht mehr nur aus globalistischen Vorhaben heraushält, sondern diese nun blockiert, wenn die nationalen Interessen der USA auf dem Spiel stehen.

COP30 und Europas schwindender Einfluss

In der [Stellungnahme](#) des Europäischen Parlaments wird eingeräumt, dass „die weltweiten Treibhausgasemissionen weiterhin steigen, während schnelle und drastische Emissionsreduktionen erforderlich sind, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen“. In diplomatischer Hinsicht ist dies ein Eingeständnis des Scheiterns.



Die Innenpolitik der EU verschärft das Problem noch. [Politico](#) merkt an, dass „Ungarn, Polen und die Slowakei sich gegen strengere Ziele für 2035 gewehrt und vor Schäden für ihre Industrien gewarnt haben“. Die EU sieht sich mit [düsteren](#) wirtschaftlichen Aussichten konfrontiert. Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat gewarnt, dass der Sozialstaat „nicht

mehr tragbar“ sei, während Frankreich und Großbritannien am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen. Der Green Deal der EU, einst als „Europas Mondlandung“ gefeiert, ist zu einem finanziellen und politischen [Sumpf](#) geworden.

Die COP30 findet daher zu einem Zeitpunkt statt, an dem Europas selbsternannte „Klimaführerschaft“ weitgehend rhetorischer Natur ist. Sein moralisches Kapital reicht nicht aus, um seine Energiekosten zu bezahlen. Zusammen mit Europa wird auch Großbritannien – das gerne von [„Klimaführerschaft“](#) spricht – von seinem eigenen Standpunkt eingeholt, angeführt von Energieminister „Mad Ed“ Miliband. Die europäische Klimapolitik basierte auf zwei Illusionen: dass die Welt seiner moralischen Führungsrolle folgen würde und dass seine eigenen Bürger die Kosten auf unbestimmte Zeit tragen würden. Beide Illusionen sind zusammengebrochen.

Selbst eine Ikone des Klimaschutzes wie Bill [Gates](#) spürt den Wandel. Kürzlich veröffentlichte er auf seiner Website einen Beitrag, in dem er überraschenderweise zugab:

Obwohl der Klimawandel schwerwiegende Folgen haben wird – insbesondere für die Menschen in den ärmsten Ländern –, wird er nicht zum Untergang der Menschheit führen. Die Menschen werden auf absehbare Zeit an den meisten Orten der Erde leben und gedeihen können.

Wenn sogar der milliardenschwere Technokrat, der über ein Jahrzehnt lang den Klimaalarmismus finanziert hat, zu Realismus aufruft, wendet sich das Blatt in der intellektuellen Welt.

Die Rückkehr Amerikas zum Energie-Realismus

Bereits in seiner ersten Woche im Amt in seiner zweiten Amtszeit machte sich Präsident Trump daran, die globale Klimabürokratie abzubauen. Er trat aus dem Pariser Abkommen [aus](#) und stellte die Zahlungen an den Grünen Klimafonds ein. Seine Regierung unterstützte Gesetzesinitiativen in Texas, um [ESG-Kriterien](#) aus Investitions- und Beschaffungsentscheidungen staatlicher Pensionsfonds zu streichen. Die Trump-Regierung stellt den CO2-Grenzausgleichs-Prozess (CBAM) der Europäischen Union [aktiv](#) in Frage und bezeichnet ihn als „unfaire Handelspraxis“ und „globale grün-betrügerische New-Deal-Steuer“. Die Blockade der IMO-Steuer ist nur die jüngste Maßnahme der USA gegen die von der EU angeführte globalistische Klima-Agenda.

Diese Schritte sind nicht nur populistische Gesten. Sie bilden eine kohärente Doktrin zur Energiedominanz: eine Bekräftigung, dass wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Energiesicherheit die Grundlage der nationalen Macht sind. Die Sprecherin des Weißen Hauses Taylor Rogers [erklärte](#) gegenüber dem Guardian: „Präsident Trump wird die wirtschaftliche und nationale Sicherheit unseres Landes nicht gefährden, um vage Klimaziele zu verfolgen, die andere Länder ruinieren.“

Eisenhowers Lektion

Die Analogie zur [Suez-Krise](#) von 1956 ist nicht weit hergeholt. Damals versuchten Großbritannien und Frankreich, die sich an die Illusionen ihres Imperiums klammerten, mit Hilfe Israels den Kanal von Nassers Ägypten zurückzuerobern. Die Eisenhower-Regierung befürchtete eine weltweite Gegenreaktion aufgrund der Wahrnehmung des europäischen Kolonialismus' sowie eine Reaktion der Sowjetunion und setzte wirtschaftliche Druckmittel ein – darunter die Drohung, US-amerikanische Sterling-Bestände zu verkaufen –, um ihre Verbündeten zum Rückzug zu zwingen. The [Economist](#) bezeichnete dies später als „den Moment, in dem Großbritannien erkannte, dass es keine Großmacht mehr war“.

Wie 1956, als die Suez-Krise die Kluft zwischen imperialen Ambitionen und wirtschaftlichen Mitteln offenlegte, hat die Niederlage der IMO die strategische Hinfälligkeit der EU offenbart. Ihre Führer können die Einhaltung ihrer Vorschriften nicht mehr durch Soft Power erzwingen. Selbst EU-Mitglieder widersetzen sich inzwischen ihren Verordnungen. 1956 intervenierten die USA, um ein imperiales Unterfangen zu stoppen, das die Stabilität der Welt bedrohte. Im Jahr 2025 greifen sie ein, um ein Klimaprojekt zu stoppen, das den Wohlstand der Welt bedroht. Damals war es der Versuch, den Suezkanal zu übernehmen, heute ist es die IMO-Kohlenstoffsteuer für die globale Schifffahrt. Damals waren es die imperialen Kanonenboote Europas, heute sind es die Klima-Bürokraten der EU.

Nachdem die EU ihre Verteidigung an die NATO ausgelagert hatte, die sich in den 1990er Jahren unter der Führung der USA stetig nach Osten bis zur russischen Grenze ausdehnte, versuchte sie, ihre moralische Statur durch Multikulturalismus, Masseneinwanderung und den Kreuzzug für Netto-Null-Emissionen zu [stärken](#). In den Salons von Brüssel und den europäischen Hauptstädten wurde das Pariser Abkommen als europäisches Vorzeigeprojekt verabschiedet – ein Projekt, das Präsident Obama ohne Zustimmung des Senats, von der er wusste, dass sie nicht zu erwarten war, enthusiastisch [annahm](#).

Der globale CO2-Steuerplan der IMO sollte der neueste Schachzug der UNO zur „Rettung des Planeten“ sein. Trump hat ihn, wie schon Eisenhower, durch diplomatischen und finanziellen Druck torpediert. Einmal mehr hat Washington Europa daran erinnert, dass moralische Haltung ohne materielle Macht reine Eitelkeit ist. Stand die USA früher gegen den europäischen Ressourcen-Kolonialismus, so steht sie nun gegen den europäischen Kohlenstoff-Kolonialismus, wie es der US-Energieminister Chris Wright so treffend [formuliert](#) hat.

Beim westlichen globalistischen Klimaprojekt ging es weniger um Wissenschaft als um Erlösung. Im postchristlichen Europa ersetzten Kohlenstoffemissionen die Sünde; „Netto-Null“ wurde zur moralischen Erlösung durch Selbstverleugnung. Die empirische Realität bleibt bestehen: Kohlenwasserstoffe liefern trotz massiver Subventionen für

erneuerbare Energien über 80 % der weltweiten Energie. Die ärmsten Milliarden Menschen der Welt streben nach dem materiellen Komfort, den fossile Energien ermöglichen. Ihnen diesen Weg im Namen der Klimatugend zu verwehren, ist nichts anderes als ein neuer [Kolonialismus](#).

Die Parallele zwischen Eisenhower und Trump ist mehr als nur rhetorische Blüte. Beide Männer standen Verbündeten gegenüber, deren imperiale Eitelkeit das Machtgleichgewicht gefährdete. Eisenhower rettete die liberale Nachkriegsordnung vor kolonialer Überdehnung; Trump rettet möglicherweise den globalen Wohlstand vor ideologischer Überdehnung. In beiden Fällen setzte der Realismus Amerikas Grenzen, die Westeuropa nicht anerkennen wollte.

Der globale Süden passt sich der Realität an

Die Entwicklungsländer haben diese Entwicklung mit einer Mischung aus Erleichterung und Kalkül beobachtet. Jahrzehntlang war die „Klimafinanzierung“ der Vereinten Nationen ein [Spiel](#) für Profit-Gierige: Man versprach sich der Klimasache zu verschreiben, um Fördermittel zu erhalten. Auf der einen Seite stehen Umwelt-NGOs wie der [WWF](#) und [Greenpeace](#) sowie deren Tochtergesellschaften und politische Unterstützer in Entwicklungsländern, die davon überzeugt sind, dass die „Klimakrise“ eine radikale [Einschränkung](#) der Öl- und Gasförderung erfordert. Auf der anderen Seite stehen Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien und ihre politischen Förderer, die von Subventionen und regulatorischen Vorgaben profitieren, die von westlichen Regierungen, den Vereinten Nationen und verbundenen Organisationen im [Klima-Industriekomplex](#) bereitgestellt werden.

Die Entwicklungsländer werden sich zunehmend bewusst, dass der Geldhahn für die „Klimafinanzierung“ zugekehrt wird. Der letzte UN-Klimagipfel in Baku wurde wegen seines zentralen Ziels als [„Klimafinanzierungs-COP“](#) bezeichnet: Es sollte vereinbart werden, wie viel Geld jedes Jahr bereitgestellt werden soll, um den Entwicklungsländern bei der Bewältigung der „klimabedingten Kosten“ zu helfen. Da die US-Gelder jedoch versiegen, verschieben sich die Anreize. Der Grüne Klimafonds der Vereinten Nationen sieht sich mit einer Finanzierungslücke konfrontiert. Die USA haben Anfang 2025 offiziell 4 Milliarden Dollar ihrer ausstehenden 6-Milliarden-Dollar-Zusage an den GCF [zurückgezogen](#), und es besteht kaum Hoffnung, dass die USA die globalistische UN-Klimapolitik künftig finanziell unterstützen werden.

Der COP30-Prozess wird fortgesetzt, aber seine Autorität ist gebrochen. Die IMO wird erneut zusammentreten, aber ohne die finanziellen Mittel und den Einfluss der USA wird ihr „Netto-Null-Rahmenwerk“ ein Wunschtraum bleiben. Europa wird weiterhin Predigten halten, aber die Welt hört nicht mehr zu. Eisenhowers Intervention beendete Europas imperialistische Ambitionen. Trumps Energie-Realismus könnte Brüssels Anspruch auf eine Führungsrolle im Klimaschutz beenden. Die Welt wird dadurch nicht ärmer werden.

Dr. Tilak K. Doshi is the Daily Sceptic's Energy Editor. He is an economist, a member of the CO₂ Coalition and a former contributor to Forbes. Follow him on [Substack](#) and [X](#).

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/11/18/trumps-eisenhower-moment-cop30-and-the-end-of-europes-green-agenda/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE